

Realität bestätigt Ziele der Minijob-Reform

Die Prognosen und Erwartungen der Koalition zur Mini-Job-Reform haben sich vollends erfüllt. Immer mehr Minijobber nutzen ihren Verdienst auch zum Aufbau ihrer Altersvorsorge. Mehr soziale Sicherheit erreichen, mehr Verdienst ermöglichen, mehr Altersvorsorge schaffen - genau diese Zielsetzung hatte die christlich-liberale Koalition bei der Reform der Minijobs verfolgt. Neben der Erhöhung der Verdienstgrenze hatte die Koalition die obligatorische Rentenversicherung für neue Minijobs eingeführt. Der enorme Anstieg der Beitragszahlen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung im 1. Quartal belegt sehr gut, dass die Reform der Koalition zielgerichtet und passgenau auf die Bedürfnisse der Menschen zugeschnitten war und ist.

Und auch eine zweite Prognose und Erwartung hat sich mit Blick auf diese Zahlen bestätigt: Die Zahl der Minijobber ist trotz der erhöhten Verdienstgrenze nicht gestiegen. Im Gegenteil: Die Zahl der Minijobber im gewerblichen Bereich ist sogar leicht zurückgegangen. Von angeblich noch mehr Verdrängungseffekten von Voll- oder Teilzeitstellen kann also keinerlei Rede sein.

Diese eindeutigen Werte strafen in der Realität auch die haltlosen Befürchtungen aus den Reihen der Opposition Lügen. Auch hier überwiegen positive Effekte. Wie zum Beispiel, dass immer mehr haushaltsnahe Dienstleistungen aus dem Bereich der Schattenwirtschaft herauskommen. Der Anstieg der Minijobber um 5,7 Prozent in Privathaushalten im 1. Quartal ist ein klarer Beleg dafür.

Bundestag beschließt Hilfen in Höhe von 1,1 Milliarden Euro

Der Bundestag hat Soforthilfen für die Krankenhäuser in Höhe von 1,1 Milliarden Euro beschlossen. Damit sollen insbesondere die stark gestiegenen Personalkosten der Kliniken ausgeglichen werden. Ab dem 1. August 2013 werden die Hilfgelder unbürokratisch ausgezahlt. Für jede ab diesem Zeitpunkt abgerechnete Behandlung erhalten die Krankenhäuser zusätzlich ein Prozent des Rechnungsbetrages. Im Januar 2014 bekommen sie dann zusätzlich weitere 0,8 Prozent als Zuschlag auf den Rechnungsbetrag.

Maßnahmen zur Verbesserung der Krankenhaushygiene werden zudem mit insgesamt 55 Millionen Euro in diesem und nächstem Jahr gefördert. Das Geld kann unbürokratisch fließen. Damit kommt es Ärzten, Pflegekräften und vor allem Patienten schnell zu Gute. Die Krankenhäuser unserer StädteRegion können jetzt für dieses und das kommende Jahr auf einer soliden Finanzbasis planen. Die Unionsfraktion stellt damit einmal mehr unter Beweis, dass ihr eine gute medizinische Versorgung am Herzen liegt.



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde!

in dieser Woche haben wir den Verfassungsschutzbericht der Bundesregierung vorgestellt. Besorgniserregend ist die wachsende Bedrohungslage durch den politischen Salafismus. Die Zahl der der salafistischen Szene zugeordneten Personen stieg 2012 auf fast 4500 Personen. Da wir aus Solingen und Bonn wissen, dass diese Gruppen und Personen Gewalt anwenden, haben die Bundesregierung und Bundesinnenminister Friedrich im März 2013 entschlossen gehandelt. Wir haben zahlreiche Vereine verboten, um so die Strukturen der Salafisten entscheidend zu schwächen. Dass von diesem Personenkreis auch aktive Gewalt gegen Polizisten und Journalisten ausgeübt wird, wird von uns auf keinen Fall toleriert.

Auch die Bekämpfung des Rechts- und Linksextremismus beschäftigt uns nach wie vor sehr stark. Um gut dagegen vor-zugehen, haben wir in dieser Legislaturperiode das Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum gegründet, damit die Aufgaben des Verfassungsschutzes und des Bundeskriminalamtes effektiver zu gebündelt werden können. Das Bundesamt für Verfassungsschutz wird nun verstärkt und konsequenter Gruppen und Personen im Auge haben, die als gewaltorientiert gelten. Darüber hinaus wollen wir das Beratungs- und Informationsangebot ausbauen, um Extremismus auch weiter-hin entschieden die Stirn zu bieten.

Viel Spaß beim weiteren Lesen wünscht



Ihr
Helmut Brandt MdB

Integration durch Sport nachhaltig stärken



In Deutschland leben mehr als 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Der Sport leistet zur Integration von Menschen in Deutschland einen unverzichtbaren Beitrag. Insbesondere der Breitensport ermöglicht eine ganzheitliche Entwicklung der Persönlichkeit und schafft damit auch die individuellen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration. Der Sport bringt Menschen unabhängig von Geschlecht, Alter, sozialem Status, religiöser oder politischer Anschauung, körperlichen Voraussetzungen oder Herkunft in bundesweit über 91.000 Vereinen zusammen. Damit erbringt der Sport eine unschätzbare gesellschaftliche Integrationsleistung. Diskriminierung und Rassismus dürfen im Sport keinen Platz haben. So müssen aufkeimendem Rassismus und Fremdenfeindlichkeit weiterhin durch Solidarität und Zivilcourage begegnet werden.

Die vielfältigen Initiativen der Vereine, der Verbände, der organisierten Fans in den Stadien und der Fanprojekte gegen Rassismus, Ausgrenzung oder Homophobie müssen noch besser unterstützt und miteinander vernetzt werden. Eine weiterhin in den Vordergrund zu stellende, klare Positionierung der Vereine zu Respekt und Toleranz ist dazu dringend erforderlich, nicht zuletzt, um auch die eigene Jugendarbeit auf eine wertorientierte Grundlage zu stellen. Mit beispielsweise Änderungen in den Vereinssatzungen oder Anpassungen in den Stadionordnungen haben viele Vereine in der letzten Zeit auf integrative Entwicklungen reagiert.

Integration gelingt durch Sport häufig schneller und problemloser als in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen. Der vorbildhafte Charakter von (Spitzen- und Breiten-)Sportlern – mit und ohne Migrationshintergrund – darf nicht unterschätzt werden. Sie können Anstoß für Menschen sein, sich selbst im sportlichen Bereich zu engagieren und zur Integration beizutragen. Aber auch im Sport ist gelungene Integration kein Automatismus. Integration lebt von offenen und toleranten Menschen, die neugierig sind und sich füreinander interessieren.

In dem Antrag der CDU/CSU-Fraktion fordert der Bundestag die Bundesregierung auf, die bereits bestehenden Integrationsprogramme (des Bundes) zu stärken und dabei die sportwissenschaftliche Expertise noch stärker einzubeziehen. Ferner sollen verstärkt Projekte gefördert werden, die die Übertragung von Integrations-erfolgen im Sport auf andere Lebensbereiche unterstützen. Bei einer Fortführung des „Nationalen Aktionsplans Integration“ soll der Sport weiter angemessen berücksichtigt werden. Überdies wird eine weitere wissenschaftliche Begleitung der Integrationsbemühungen im Sport durch das Bundesinstitut für Sportwissenschaft (BISp) gefordert. Auch wird angewiesen, sich zusammen mit dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB), der Deutschen Olympischen Akademie (DOA), der Deutschen Sportjugend (DSJ) und anderen relevanten Spitzenverbänden für die Stärkung der Integration und der interkulturellen Kompetenzen einzusetzen. Das Programm „Integration durch Sport“ soll auf einem höheren Niveau (als derzeit) mit Bundesmitteln gefördert werden. Nicht zuletzt wird in dem Antrag genannt, den organisierten Sport bei der Gewinnung und Qualifizierung von ehrenamtlich Engagierten mit Migrationshintergrund kraftvoll zu unterstützen.

Foto: R.B./pixello.de

Bürgersprechstunde in Roetgen

Am Donnerstag, dem 20. Juni 2013, bietet Helmut Brandt, in der Zeit von 18:00 – 19:00 Uhr im Fraktionszimmer der CDU im Rathaus der Gemeinde Roetgen, eine weitere Bürgersprechstunde an.

Zu dieser Bürgersprechstunde sind alle herzlich eingeladen, mit ihren Belangen an den Bundestagsabgeordneten heranzutreten und sich mit ihm in einem privaten Gespräch darüber auszutauschen.

Besucher der Sprechstunde sollten sich möglichst vorab unter 02404/557830 anmelden.



Impressum:

Ausgabe Nr.: 11 11/13
14. Juni 2013

Helmut Brandt MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030 / 227-71472
Fax: 030 / 227-76471
E-Mail: helmut.brandt@bundestag.de

Wahlkreis:

Luisenstr. 41, 52477 Alsdorf
Tel.: 02404/557830,
Fax: 02404/673445
E-Mail: helmut.brandt@wk.bundestag.de

Internet: helmut-brandt.de